

NIEDERSCHRIFT**über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Ortsgemeinde Scheibenhart****vom 16.03.2005**

Gesetzliche Zahl der Ratsmitglieder: 12
Satzungsgemäße Zahl der Beigeordneten: 2
Stimmberechtigte Beigeordnete: 2

Vorsitzender: Ortsbürgermeister Edwin Diesel

Beigeordnete: 1. Ortsbeigeordneter Löhle Michael
2. Ortsbeigeordneter Herberger Ruth

Ratsmitglieder: 1. Benz Karl-Heinz, 2. Veith Gottfried, 3. Dr. Smith Michael Parson, 4. Weschler Günter, 5. Ehl Thomas, 6. Werling Dieter, 7. Löhle Michael, 8. Herberger Ruth, 9. Klein Wolfgang, 10. Schweitzer Elmar, 11. Rieger Siegmund, 12. Rinnert Matthias

Schriftführer: Eberle Hans-Albert

Bürgermeister VG: Brand Dietmar

Davon nicht anwesend und entschuldigt: Werling Dieter, Veith Gottfried

Der Vorsitzende stellte die ordnungsgemäße Einberufung des Ortsgemeinderates fest, welche jedem Mitglied unter Eröffnung der Tagesordnung am 09.03.2005 unterschriftlich zur Kenntnis gebracht worden war. Er begrüßte die Zuhörer, Herrn Hammel von der Presse und die Ratsmitglieder. Des weiteren begrüßte er Herrn OAR Kober von der Verbandsgemeindeverwaltung. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte der Vorsitzende den Antrag, die Tischvorlage auf Punkt 4. des Öffentlichen Teils zu setzen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung am 06.10.2004
2. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan mit Anlagen 2005/2006
3. Neuwahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreter des Umlegungsausschusses
Änderung des Beschlusses vom 15.07.2004
4. Auftragsvergabe
5. Informationen aus aktuellem Anlass
 - a) Normenkontrolle wegen FFH und Vogelschutzgebiete
 - b) Planung der Hagenbach-Variante durch die Landesregierung
 - c) Ausbau der B 9
 - d) Sonstiges
6. Sonstiges, Wünsche und Anträge
7. Einwohnerfragestunde
8. Verabschiedung von Bürgermeister Dietmar Brand

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung am 06.10.2005

Gegen die Niederschrift vom 06.10.2004 wurden keine Einwände vorgebracht.

2. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan mit Anlagen für die Haushaltsjahre 2005/2006

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf schließt im Verwaltungshaushalt mit folgendem Fehlbedarf:

2005	90.725 €	=	20,80 v.H. der Verwaltungshaushaltseinnahmen
2006	85.055 €	=	19,29 v.H. der Verwaltungshaushaltseinnahmen

Der nicht ausgeglichene Haushaltsplan stellt nach den allgemeinen Haushaltsgrundsätzen gem. § 93 Abs. 3 Gemeindeordnung ein Rechtsverstoß dar.

Die Ortsgemeinde Scheibenhardt ist deshalb gesetzlich verpflichtet, eine Haushaltskonsolidierung anzustreben. Aus diesem Grund ist es auch erforderlich, sämtliche Einnahmemöglichkeiten erneut auf den Prüfstand zu stellen.

Der Hebesatz für die Grundsteuern A und B wurde für das Haushaltsjahr 2006 leicht angehoben. Dies wurde notwendig, da Bewilligungsvoraussetzung für Bedarfszuweisungen die angemessene Ausschöpfung der Einnahmemöglichkeiten ist. Davon wird u.a. ausgegangen, wenn die Realsteuersätze für die Grundsteuer A bei 280 v.H. und bei der Grundsteuer B bei 320 v.H. liegen. Die Gewerbesteuer bleibt gegenüber den Vorjahren unverändert.

Die defizitäre Haushaltsentwicklung in diesem Ausmaß beruht vor allem auf weiter sinkenden Steuereinnahmen. Weitere Hinweise enthält der Vorbericht.

Anlage 1 Haushaltsplanentwurf

Mittel stehen bereit unter Haushaltsstelle: entfällt

Ortsbürgermeister Edwin Diesel berichtete, dass nach dem Finanzplan der Verwaltungshaushalt weiterhin nicht mehr ausgeglichen werden kann. Es verbleiben keinerlei Überschüsse für investive Massnahmen der Ortsgemeinde Scheibenhardt. Sollte sich die Finanzwirtschaft nicht wesentlich besser als eingeplant entwickeln, stehen auf längere Sicht keine eigenen Finanzierungsmittel für Investitionen zur Verfügung und es dürfen auch keine Finanzierungskredite aufgenommen werden. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel müssen deshalb wie in den vergangenen Jahren auch sparsam und wirtschaftlich verwaltet werden. Für die finanzielle Zukunft sei dies ein eher düsteres Bild, so der Ortsbürgermeister. Er sei dennoch davon überzeugt, dass man es gemeinsam schaffen kann, das schlingende Schiff wieder in etwas ruhigere Gewässer zu lenken.

Die Erhöhung der Grundsteuer wird sich für den einzelnen Bürger nicht so drastisch auswirken wie es auf den ersten Blick den Anschein hat. Dies zeigen auch die Vergleichsberechnungen der Verwaltung. Sicherlich muss man über die Erhöhung der Nutzungsgebühren für das Bürgerhaus sowie die Grillhütte nachdenken. Wenn dann sollte dies in einer moderaten Weise geschehen und erst ab dem Jahr 2006. Von der Erhöhung der Friedhofsgebühren würde ich persönlich etwas Abstand nehmen, so der Ortsbürgermeister, zumal das Gemeindeprüfungsamt in seinem letzten Bericht eine Erhöhung Friedhofsgebühren ebenfalls als nicht sehr sinnvoll erachtet hat.

Bis auf wenige Ausnahmen wurden Haushaltsansätze der Vorjahre als Grundlage für den vorliegenden Doppelhaushalt zu Grunde gelegt. Lediglich für die bevorstehende 800-Jahr-Feier im Jahr 2006 wurde eine größere Abweichung auf der Ausgaben als auch auf der Einnahmenseite ausgeworfen. Dies steht unmittelbar mit der geplanten Erstellung einer Ortschronik in Zusammenhang. Der uns vorliegende Entwurf der Haushaltssatzung wurde im Vorfeld im Einzelnen mit beiden Fraktionen besprochen.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat beschloss **einstimmig** die Haushaltssatzung mit Haushalts- und Stellenplan 2005 / 2006, sowie das Investitionsprogramm 2004 – 2008, gemäß dem als Anlage beigefügten Haushaltsplanentwurf .

**3 .Neuwahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreter des Umlegungsausschusses
Änderung des Beschlusses vom 15.07.2004**

Der Vorsitzende der Umlegungsausschüsse, Herr Vermessungsdirektor Rolf Räch schied zum 31. Januar 2005 infolge Pensionierung aus dem Dienst aus. Daher ist eine Neuwahl des Vorsitzenden und in Folge dessen Stellvertreter notwendig.

Der **Vorsitzende** soll in der Regel der Leiter des zuständigen Vermessungs- und Katasteramtes oder der zuständigen kommunalen Vermessungsdienststellen sein. Aufgrund der Pensionierung von Herrn Vermessungsdirektor Rolf Räch steht für die Wahl zum Vorsitzenden der Leiter des Vermessungs- und Katasteramtes Landau i.d.Pf. Herrn Leitenden Vermessungsdirektor **Alwin Hinkel**, zur Verfügung. Als seinen Stellvertreter steht der Vermessungsrat, Herr **Michael Loos**, zur Verfügung.

Entschädigung:

In der Ratssitzung vom 15.07.04 wurde ein Sitzungsgeld als Entschädigungspauschale in Höhe von 25,00 € je Sitzung festgelegt.

Die Pauschalentschädigung in gleicher Höhe wird auch an den Vorsitzenden oder seine Stellvertreter gezahlt, wenn sie den Umlegungsausschuss bei Informations-, Erörterungs- und Gerichtstermine vertreten.

Beschluss:

Der Gemeinderat wählte **einstimmig** folgende Personen in den Umlegungsausschuss:

- | | | |
|-------------------------------|--------------------|------------------------------|
| 1. Vorsitzender | | |
| Leitenden Vermessungsdirektor | als Stellvertreter | Vermessungsrat |
| Alwin Hinkel | | Michael Loos |
| Vermessungs- und Katasteramt | | Vermessungs- und Katasteramt |

Als Entschädigungspauschale wird ein Sitzungsgeld von 25,00 € / Std. je Sitzung beschlossen. Die Pauschalentschädigung in gleicher Höhe wird auch an den Vorsitzenden oder seinen Stellvertreter gezahlt, wenn sie den Umlegungsausschuss bei Informations-, Erörterungs- und Gerichtsterminen vertreten.

4. Tisch-Beschlussvorlage

Maßnahmen zur Verkehrssicherheit in der Hauptstrasse (Grenzübergang bis Einmündung Maxstrasse);

Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion des Ortsgemeinderates Scheibenhardt an Herrn Ortsbürgermeister Diesel vom 05.03.2005

1. Mit dem vorliegenden Antrag fordert die SPD-Gemeinderatsfraktion des Ortsgemeinderates Scheibenhardt mehr Verkehrssicherheit für Fußgänger im Bereich der Hauptstrasse vom Grenzübergang bis Einmündung Maxstrasse. Aus dem Antrag ist abzuleiten, dass Fahrzeuge gegenüber den zur Verkehrsberuhigung aufgestellten Blumenkübeln bei Gegenverkehr den hinter der gepflasterten Rinne liegenden Bereich überfahren und somit Fußgänger gefährden. Die Verwaltung nimmt diesen Antrag zum Anlass, beim zuständigen Straßenbaulastträger, der Kreisverwaltung Germersheim und Polizeiinspektion Wörth für diesen Bereich entsprechende Verkehrssicherheitsmassnahmen (Geländer gegenüber der Pflanzkübel zu fordern. Von uns als Straßenverkehrsbehörde ist beabsichtigt, die Verkehrszeichen 239 (Sonderweg Fußgänger) verkehrsbehördlich anzuordnen. Nach der neuerlichen Rechtsprechung handelt es sich bei den im niveaugleichen Straßenausbau gelegenen Seitenbereichen hinter einer gepflasterten Rinne um eine Mischverkehrsfläche, so dass diese auch von Kraftfahrzeugen benutzt werden kann. Um dies auszuschließen, ist die Anordnung der VZ 239 straßenverkehrsrechtlich notwendig. Auch hinzu werden der Straßenbaulastträger und die PI Wörth um entsprechende Stellungnahme gebeten. Wir gehen davon aus, dass der Ortsgemeinderat Scheibenhardt mit der geplanten Vorgehensweise einverstanden ist und werden nach Vorlage der Ergebnisse den Ortsgemeinderat in Kenntnis setzen.
2. Gleichfalls wird von der SPD-Fraktion beantragt, einen Aufruf an die Bürger im Amtsblatt zu veröffentlichen, wonach die Bushaltestelle Hauptstrasse/Ecke Jakobspfad mit Kraftfahrzeugen nicht als Abkürzung benutzt werden soll.

Mittel stehen bereit unter Haushaltsstelle: entfällt, da der Straßenbaulastträger (KV Germersheim) die Kosten zu 1. zu tragen hat.

Beschluss:

1. Der Ortsgemeinderat Scheibenhardt nahm einstimmig zu Punkt 1. Kenntnis.
2. Der Ortsgemeinderat Scheibenhardt ist mit der Veröffentlichung im Amtsblatt einverstanden, mit dem besonderen Hinweis, dass die Bushaltestelle für Autos nicht als Abkürzung benutzt werden soll. Der Beschluss erging einstimmig.

5. Auftragsvergabe

(entfällt)

6. Informationen aus aktuellem Anlass

a) Normenkontrolle wegen FFH und Vogelschutzgebiete

Bürgermeister Dietmar Brand erläuterte noch einmal die Normenkontrolle wegen FFH und Vogelschutzgebiete. Den jeweiligen Fraktionen soll jeweils ein Exemplar der Normenkontrolle zugehen.

b) Planung der „Hagenbach-Variante“ durch die Landesregierung

Auf Antrag der CDU-Fraktion hat der Verbandsgemeinderat in seiner Sitzung am 18. November die Verwaltung beauftragt, ein Honorarangebot einer qualifizierten Anwaltskanzlei zur Prüfung der Erfolgsaussichten für eine Klage gegen das Landesentwicklungsprogramm Rheinland-Pfalz im Zuge eines Rechts- bzw. Umweltgutachtens einzuholen. Diesbezüglich wurde mit der Fachanwaltskanzlei für Planungs- und Baurecht Cämmerer, Bender und Lenz in Karlsruhe bzw. deren Niederlassung in Freiburg Verbindung aufgenommen und ein Angebot erbeten. Überdies wurde auf ergänzenden Antrag der SPD-Fraktion zu einer öffentlichen Anhörung gegen die „Hagenbach-Variante“ und für eine „Y-Variante“ eingeladen. Während alle kommunalen Körperschaften, die Kammern, sowie Planungsgemeinschaften diesseits und jenseits des Rheines als zuständige Planungskörperschaften für die regionale Ebene zusagten, haben die Landesbehörden die Teilnahme an einer derartigen Anhörung erwartungsgemäß verweigert. Sowohl das federführende Raumordnungsministerium (ISM) des Landes Rheinland-Pfalz als auch das Verkehrsministerium hatten unter Hinweis auf die inzwischen geschaffenen rechtlichen Fakten keine Notwendigkeit für einen zusätzlichen Erörterungstermin gesehen und unmissverständlich auch darauf aufmerksam gemacht, dass eine „Y-Variante“ nicht durchsetzbar ist. Beide Antwortschreiben auf unsere Anfrage sind als **Anlagen 1 und 2** beigefügt. Überdies hat auch der Wirtschafts- und Verkehrsminister des Landes am 6.12.2005 in seiner Beantwortung der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Dr. Thomas Gebhart (CDU)

klar formuliert, dass die im laufenden Raumordnungsverfahren eingebrachte sog. „Y-Variante“ wegen der damit verbundenen nachteiligen verkehrlichen Wirkungen und gravierender Probleme aus landespflegerischer Sicht nicht durchsetzbar ist“ (**Anlage 3**).

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Landesregierung Rheinland-Pfalz im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz vom 25. November 2004 (GVBl. S. 204) die sog. „Hagenbach-Variante“ entgegen aller raumordnerischen Grundsätze und verkehrlicher Erfordernisse in rechtsgestaltender Weise durch eine entsprechende Teiländerung des geltenden Landesentwicklungsprogramms zum Planungsziel des Landes erklärt hat. (Anlage 4) Nach dieser Verordnungslage bleibt für eine „Y-Variante“, wie bereits aus den Ministerien schriftlich mitgeteilt, „kein Raum.“

Im Gegensatz zu dieser klaren Rechtslage war dann überraschender Weise aus der „Rheinpfalz“-Ausgabe vom 16.12.2004 zu lesen, dass der Ministerpräsident des Landes seine Zusage gegenüber dem designierten Bürgermeister der Verbandsgemeinde Hagenbach, Reinhard Scherrer, wiederholt habe, dass bei der Suche nach einer Trasse für die Bienwald-Autobahn die „Y-Variante“ geprüft werde.

Auf Anfrage von Landrat Dr. Brechtel hat ihm das ISM am 27.01.05 regierungsamtlich bestätigt, dass eine nochmalige Prüfung der Y-Variante zugesagt ist und das Ergebnis abzuwarten bleibt.

Bezüglich der vom Ministerpräsidenten schon im Sommer 2003 getroffenen Anordnung an die Raumordnungsbehörden des Landes, ausschließlich die „Hagenbach-Variante“ weiter planerisch zu verfolgen, ist zu wiederholen, dass sich diese Trasse nicht auf raumordnerische und verkehrsplanerische Grundlagen stützen kann. Auch die am 27.11.04 in der „Rheinpfalz“ unter Hinweis auf das geplante Bienwaldgroßprojekt wiedergegebene Äußerung des Ministerpräsidenten hinsichtlich des Engagements des Landes zum Vorrang der Natur wird von der Kreisverwaltung Germersheim, als Projektträger – und damit authentisch - widersprochen. In einem Schreiben des Landrates an den Innenminister als zuständigen Raumordnungsminister vom 8.12.2004 schreibt Landrat Dr. Brechtel für den Projektträger, dass „das geplante Naturschutzgroßprojekt Bienwald keine Ursache für eine einseitige Festlegung für diese Variante (Hagenbach-Variante) sein kann“. Die „Hagenbach-Variante“, das ist verwaltungsseits deutlich zu sagen, beruht im wesentlichen auf einseitigen Vorschlägen einer sog. „Bürgerinitiative“, wie im mündlichen Vortrag anlässlich der Sitzung noch im einzelnen darzulegen sein wird. Parteipolitischer Hintergrund für die einseitige Festlegung des Landes auf diese „Hagenbach-Variante“ ist die falsche Behauptung des Bürgermeisters der Stadt und Verbandsgemeinde Kandel, dass über einen autobahnmäßigen Ausbau der B 9 im Bienwald bzw. bei der „Y-Variante“ Kandel zum Verkehrsknoten ausgebaut würde. Dies wird in Kandel stets damit begründet, dass zwischen dem Autobahnanschlusspunkt Kandel Mitte und der B 9 bei Rheinzabern im Zuge der L 549 eine 4-spurige Autobahnverknüpfung hergestellt werde. Diese Behauptung ist grundlegend falsch, da es weder in der Vergangenheit noch derzeit irgendeinen maßgeblich amtlichen Plan (Bundesverkehrswegeplan, Landesverkehrsprogramm, Landesentwicklungsprogramm, Regionaler Raumordnungsplan) gab und gibt, in der eine derartige Autobahnquerverbindung dargestellt ist. Auch gab es bei den verantwortlichen Fachbehörden der Straßenverwaltung und Landesplanung für eine derartige Planung auch keine internen Planungsunterlagen.

Der Ortsgemeinderat nahm den Bericht den Bürgermeister Dietmar Brand noch einmal ausführlich darstellte zur Kenntnis.

c) Ausbau der B 9

Bürgermeister Dietmar Brand berichtete, dass der Ausbau der B9 im Gange ist bzw. sich in der Planungsphase befindet.

d) Sonstiges
(entfällt)

6. Sonstiges, Wünsche und Anträge

Ortbürgermeister Edwin Diesel wies auf die 800-Jahr-Feier 2006 hin. Der Festausschuss zu diesem Ereignis tagte bis dato zum 3. Male.

Er berichtete weiter, dass für die Ortschronik der Gemeinde Scheibenhardt erste Ansätze da seien. Ortsbürgermeister Edwin Diesel wies noch einmal auf das am kommenden Sonntag stattfindende Wandelkonzert hin.

Für eine Geschirrspülmaschine im Bürgerhaus spendet die Frauengemeinschaft Scheibehardt 1.000,00 €, den Rest (240,00 €) übernimmt die Ortsgemeinde übernommen.

Im Bereich Kindergarten soll eine Ganztagsbetreuung angestrebt werden. Gespräche mit Herrn Feldmann von der Kreisverwaltung haben bereits stattgefunden. Bei einer Umfrage, bei den Eltern deren Kinder in den Kindergarten bzw. noch nicht in den Kindergarten gehen, wurde festgestellt, dass ein Bedarf für eine Ganztagsbetreuung da wäre.

In letzter Zeit wurde vermehrt festgestellt, dass LKW/Sattelschlepper über den Grenzübergang Scheibehardt fahren. Die Verwaltung(Hr. Collet) soll über die Polizeibehörde entsprechende Maßnahmen einleiten.

7. Einwohnerfragestunde

(entfällt)

9. Verabschiedung von Bürgermeister Dietmar Brand

Bereits beim gemeinsamen Neujahrsempfang wurde Verbandsbürgermeister Dietmar Brand in einem offiziellen und gebührenden Rahmen verabschiedet. Dennoch wollte es Ortsbürgermeister Edwin Diesel nicht versäumen noch einmal ein paar Worte des Dankes zu verlieren:

„Nach 18 Jahren engagierter Arbeit für die Verbandsgemeinde Hagenbach nehmen Sie am Ende dieses Monats Abschied von ihrem Amt. Wir alle empfinden dies zu Recht als eine einschneidende Zäsur in der Geschichte unserer Verbandsgemeinde. Die Verbandsgemeinde Hagenbach und der Name Dietmar Brand bildeten für eine lange Zeit eine feste und selbstverständlich gewordene Einheit.

Ich habe Sie in meiner Zeit als Ortsbürgermeister und auch schon vorher als Ortsbeigeordneter als einen Verwaltungsfachmann par exelans kennen und schätzen gelernt. Sie waren mir immer eine grosse Hilfe und blieben mir nie eine Antwort schuldig. Dafür meinen herzlichen Dank.

In der Demokratie werden Macht und Mandat nur auf Zeit verliehen. Es spreche für Ihre grunddemokratische Gesinnung, aus eigenem Entschluss und mit großem Verantwortungsbewusstsein auf eine erneute Kandidatur zu verzichten.

Dieser Schritt ist für Sie sicher mit zwiespältigen Empfindungen verbunden. Einerseits bedeutet es zunächst eine Erleichterung, vielleicht sogar Befreiung, mit der Amtskette auch eine kräftezehrende Bürde abzulegen“, so Ortsbürgermeister Edwin Diesel.

Als Erinnerung an die Gemeinde Scheibehardt überreichte der Ortsbürgermeister Bürgermeister Dietmar Brand das Gerichtsinsigel von 1751. Er wünschte auch im Namen des Ortsgemeinderates und aller Mitbürgerinnen und Mitbürger Scheibehardt einen wohlverdienten Ruhestand, vor allem viel Gesundheit und hoffentlich viel Zeit für die Familie. Er sei mit seiner Gattin in Scheibehardt ein immer gerngesehener Gast.

Zum Abschluss er öffentlichen Sitzung bedankte sich Herr Hammel von der Presse bei Bürgermeister Brand für die gute Zusammenarbeit mit der Presse.

(Edwin Diesel)
Ortsbürgermeister

(Hans-Albert Eberle)
Schriftführer